

<p>CDU fordert schnelle Maßnahmen gegen Drogenprobleme in Rheydt</p>

Die CDU Mönchengladbach fordert die sofortige Entfernung eines Seecontainers in Rheydt, der Drogenhandelsprobleme fördert.

Mönchengladbach ist erneut im Fokus der politischen Diskussionen, insbesondere in Bezug auf die Situation am Tippweg in Rheydt, wo ein umstrittener Seecontainer als Notunterkunft für Obdachlose fungiert. Die CDU-Ratsfraktion hat jüngst einen Antrag auf die sofortige Beseitigung des Containers gestellt, nachdem sich dieser zum Schwerpunkt von Drogenhandel entwickelt hat.

Martin Heinen, Sprecher der CDU im Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Katastrophenschutz, äußerte sich hierzu deutlich. Er betonte, dass der Container, der zunächst als Unterkunft für Bedürftige gedacht war, in der Realität jedoch als Anziehungspunkt für Drogendealer fungiere. „Wir erleben eine verstärkte Polizeipräsenz, die einfach nur die Symptome bekämpft, statt die Ursachen anzugehen“, erklärte Heinen. Bewegungen in der Nachbarschaft zeigen, dass diese Problematik weitreichende Folgen hat.

Die Wiederholung von Fehlern

Die Situation am aktuell gewählten Standort ist nicht neu. Bereits die vorherige Anlaufstelle an der Breitenbachstraße fiel aufgrund ähnlicher Probleme auf. „Mit dem alten Standort haben

wir schmerzlich erfahren müssen, dass die Verwaltung keine nachhaltige Lösung bieten konnte und stattdessen die Gefahren weiter anstachelte,“ so Heinen. Dies lässt vermuten, dass hier ein Grundmuster vorliegt, das sich in der Stadt immer wiederholt.

Roderich Busch, der fraktionsintern für die Bezirksvertretung Süd spricht, merkt kritisch an, dass die Verlagerung des Containers in die Nähe von Einrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderung und religiösen Institutionen als unverantwortlich angesehen wird. Er beschreibt die Situation als eine verstärkte Verschlimmbesserung für das Viertel, da die neue Lage den Drogenhandel nur weiter befeuern kann.

Michael Schmitz, der Sprecher der CDU im Ausschuss für Soziales, sieht in der Untätigkeit der Stadtverwaltung eine zusätzliche Herausforderung. „Fast ein Jahr nach dem Besuch in Krefeld hat die Stadt es nicht geschafft, ein adäquates Konzept für Mönchengladbach zu entwickeln,“ sagt Schmitz. Die Notwendigkeit einer durchdachten Strategie für Rheydt, die sowohl den Bedürfnissen der Obdachlosen Rechnung trägt als auch die Sicherheit der Anwohner nicht aus den Augen verliert, ist unabdingbar.

Handlungsbedarf und Inspiration aus anderen Städten

Ein zentraler Punkt in der Argumentation der CDU-Ratsfraktion ist die Bezugnahme auf Strategien anderer Städte, wie Krefeld, die schon erfolgreich an ähnlichen Problemen gearbeitet haben. „Es ist erstaunlich, dass hier keine Überlegungen angestellt wurden, wie man die positiven Ansätze anderer Städte auf unsere Situation übertragen könnte. Stattdessen sitzen wir hier und warten auf Lösungen, die nicht kommen,“ betont Schmitz.

Die CDU fordert nun ein schnelles Handeln der zuständigen Verwaltung, um die drängende Problematik am Tippweg zu entschärfen. „Die Forderung ist klar: Die Verwaltung muss jetzt

Schritte ergreifen, um die Sicherheit der Anwohner zu gewährleisten und zu verhindern, dass die Situation noch weiter eskaliert,“ schließt Heinen. Die gefährliche Situation hat bereits zu einem Brandanschlag auf den Container geführt, was die Alarmglocken in der Stadtverwaltung läuten sollte.

Die Notwendigkeit einer Nachbesserung in der obdachlosen Hilfe wird somit immer deutlicher. Wie die Situation in Mönchengladbach zeigt, ist es nicht genug, einfach nur Räume zur Verfügung zu stellen, sondern es bedarf auch einer umfassenden Strategie, die sowohl die Bedürfnisse der Obdachlosen als auch die Sicherheit der Anwohner berücksichtigt. Die CDU-Ratsfraktion hat auf diese Missstände aufmerksam gemacht und fordert ein aktives Handeln, das nicht länger aufgeschoben werden kann.

Soziale Herausforderungen in Mönchengladbach

Mönchengladbach steht vor vielfältigen sozialen Herausforderungen, die über die aktuelle Situation um den Seecontainer hinausgehen. Die städtische Wohnungsmisere ist ein zentrales Problem. Laut dem **Bundesministerium für Wohnungsbau** sind in vielen deutschen Städten, darunter Mönchengladbach, die Mietpreise in den letzten Jahren stark gestiegen, was vor allem einkommensschwache Haushalte unter Druck setzt. Die ohnehin schon angespannten Verhältnisse haben die Obdachlosigkeit in der Stadt zunehmen lassen, was die Notwendigkeit einer effektiven und nachhaltigen Obdachlosenhilfe verstärkt.

Die städtische Verwaltung hat zwar Ansätze zur Verbesserung der Situation vorgestellt, jedoch ist die Implementierung oft langwierig und unzureichend. So liegen die aktuellen Zahlen der Obdachlosen in Mönchengladbach bei etwa 1.200 Personen, wobei ein erheblicher Teil von denen keine adäquate Unterbringung findet, was zu einem Teufelskreis aus wiederholter Obdachlosigkeit und sozialer Isolation führt. Die

Suche nach Lösungen, die sowohl die Bedürfnisse der Betroffenen als auch die Sicherheit der übrigen Bevölkerung berücksichtigen, bleibt eine Daueraufgabe.

Vergleich mit anderen Städten

Ein Vergleich mit Städten wie Krefeld zeigt, dass dort spezifischere Konzepte zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und Drogenproblematik entwickelt wurden. Krefeld hat in den letzten Jahren durch die Einrichtung von sozialen Begegnungsstätten und professionell geführten Programmen zur Wiedereingliederung von Obdachlosen deutliche Fortschritte erzielt. Laut einer **Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** konnten durch solche Ansätze die Rückfallquoten in Obdachlosigkeit deutlich gesenkt werden.

Die CDU-Ratsfraktion verweist auf diese Erfolge und fordert, dass Mönchengladbach ähnliche Schritte unternehmen sollte, um die Situation zu verbessern. Die Schaffung von geeigneten Anlaufstellen, die gleichzeitig die Öffentlichkeit schützen, könnte eine Präventionsmaßnahme darstellen, die den Drogenhandel eingrenzen könnte.

Daten zur Drogenproblematik

Laut dem **Deutschen Institut für Normung und Drogenhilfe** ist die Zahl der Drogentoten in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen. 2021 wurden über 1.800 Drogentote gemeldet, was die Dringlichkeit eines umfassenden Konzepts zur Legalisierung und Regulierung substanzbezogener Probleme unterstreicht. Die spezifische Situation in Mönchengladbach spiegelt die landesweiten Trends wider, wobei viele Städte mit der Herausforderung kämpfen, effektive Strategien zu entwickeln, die sowohl Obdachlose als auch Drogenabhängige unterstützen.

Die CDU fordert eine schnelle Reaktion der Verwaltung, um die

Situation vor Ort zu entspannen, die durch erhöhte Polizeieinsätze und Sicherheitsbedenken geprägt ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Stadtverwaltung auf die Vorschläge der CDU reagiert und konkrete Maßnahmen ergreift, die eine nachhaltige Verbesserung der Lage gewährleisten.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de